

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 558 Mittwoch, 14. Mai 2014 21. Jahrgang

Auslandsadoptionen: Die Angst der biologischen Mütter

Auslandsadoptionen. Ein heikles Thema. Befürworter preisen die neuen Lebenschancen, die sich für adoptierte Kinder eröffnen. Kritiker warnen vor Risiken des Missbrauchs. Im Vordergrund beider Perspektiven steht das Wohl des Kindes. Aber auch die Adoptiveltern haben eine starke Lobby. Die biologischen Eltern hingegen kommen nahezu nie zu Wort, obwohl die Erfahrung gerade für viele junge Mütter eine emotionale Last ist, die sie den Rest ihres Lebens tragen. Diese Reportage von Andreas Boueke erzählt von einer biologischen Mutter in Guatemala, die nach siebzehn Jahren ihre Tochter wiedersieht.

Die Ortschaft Santa Lucía Cotzumalguapa liegt in der heissen Küstenregion im Süden des mittelamerikanischen Landes Guatemala. Eine Schotterstrasse voller Schlaglöcher führt bis zu einer Stelle, an der es mit dem Auto nicht mehr weitergeht. Von dort aus schlängelt sich ein schmaler Pfad steil bergab über Felsen und Staub, vorbei an ärmlichen Hütten und kläffenden Hunden. Nach über hundert Metern Abstieg erreicht man eine Hütte, deren Tor aus ein paar rostigen Wellblechplatten besteht. Sie sind an einen notdürftig zusammengenagelten Rahmen aus alten Holzbalken befestigt. In der Hütte wohnt die kleine, stämmige Frau Teresa Apen zusammen mit ihrem Mann, ihren vier Kindern und zwei Nichten. Vor siebzehn Jahren hat sie noch eine Tochter zur Welt gebracht. Dieses Mädchen sah sie zum letzten Mal, als es noch keine zwei Wochen alt war. Teresa war damals schon Mutter von zwei Jungen und musste sich ausserdem um die beiden Waisenkinder ihrer kurz zuvor verstorbenen Schwester kümmern. In dieser Situation konnte sie es sich nicht vorstellen, ein weiteres Kind aufzuziehen. "Ich habe mich so entschieden, weil mein Leben mit meinem Mann schlecht war," erinnert sich Teresa Apen. "Auch heute lebe ich kein gutes Leben mit ihm. Er trinkt viel und wenn er trinkt, behandelt er mich schlecht."

Aus Sofía wird Michal

Am Tag der Geburt gab Teresa Apen ihrer Tochter den Namen Sofia. Heute heisst das Mädchen Michal und lebt in Israel. Dort steht sie kurz vor ihrem Sekundarschulabschluss. Ihre ganze Jugend über hat sie immer wieder über ihre Herkunft nachgedacht:

"Ich möchte wissen, woher ich komme. Ich möchte Menschen sehen, Inhaltsverzeichnis die so aussehen wie ich. In Israel sehe ich immer anders aus, sehr anders. Oft reden die Leute auf Englisch mit mir. Sie fragen mich, ob ich aus den Philippinen komme, oder aus Thailand. Von Guatemala wissen sie nichts. Wenn ich sage, dass ich in Guatemala geboren wurde, wollen sie mehr über das Land wissen. Ich möchte mehr sagen können über diesen Ort, zu dem ich gehöre."

Schuldgefühle

Teresa Apen hat jahrelang nicht über ihre erste Tochter gesprochen. Im Stillen aber hat sie sich oft gefragt, was wohl aus dem Mädchen geworden ist. So reagieren viele Mütter, die ihr Kind weggegeben haben, meint die deutsche Sozialarbeiterin, Maria Holz, von der Or-

ganisation InterADO: "Das Schuldproblem ist für die Eltern immer gross. Viele argumentieren: 'Wir waren so arm, wir hatten überhaupt keine Chance.' Und dann freuen sie sich um so mehr, wenn sie erfahren, dass es ihren Kindern gut gegangen ist."

Guatemaltekische Gesetzgebung

In Guatemala gilt seit 2008 ein neues Gesetz, das Auslandsadoptionen ungleich schwieriger macht als früher. Für die Umsetzung dieses Gesetzes ist der Nationale Rat für Adoptionen zuständig. Dessen Sprecher, Rudy Zepeda, erläutert, dass den biologischen Müttern jetzt mehr Rechte eingeräumt werden als früher: "Wir wissen, dass Frauen, die ihre Kinder zur Adoption freigegeben haben, häufig noch heute trauern. Es schmerzt sie, dass sie nicht mit Gewissheit sagen können, ob ihr Kind gut lebt, in einer Familie im Ausland. Psychologisch betrachtet ist es sicher so, dass viele Frauen oft keinen Schlaf finden, weil sie darüber grübeln, ob ihre Entscheidung gut war oder schlecht."

Der Nationale Rat für Adoptionen in Guatemala ist jetzt verpflichtet, den biologischen Müttern Zugang zu grundsätzlichen Informationen über das Schicksal ihrer Kinder zu ermöglichen. "Wenn eine Frau mehr über die Situation ihres Kindes wissen will, dann kann sie zu uns kommen und fragen", erläutert Rudy Zepeda. "Entsprechend der Richtlinien öffnen wir für sie Teile der Akten und zeigen ihr Unterlagen und Fotos: 'Schau' hier, dies ist dein Sohn mit seiner Adoptivfamilie, die ihn lieb hat.' Danach geht die Frau wieder, ruhig und glücklich, weil sie weiss, dass es ihrem Kind gut geht."

Zwölftausend Kilometer Entfernung

Michal lebt mit ihren Adoptiveltern zwölftausend Kilometer von Guatemala entfernt in Jerusalem. Dvora und Ehud Levy sind sechs Monate nach der Geburt nach Guatemala gereist, um ihre Adoptivtochter in Empfang zu nehmen. Damals war das Baby bei einer guatemaltekischen Pflegefamilie untergebracht. In deren Haus wurde den Levys eine Kopie der Geburtsurkunde übergeben und eine Kopie des Personalausweises der biologischen Mutter. Diese Dokumente waren der Ausgangspunkt einer erfolgreichen Suche nach der biologischen Mutter.

Deshalb ist Teresa Apen heute eine der wenigen Mütter in Guatemala, die ihr Kind in Adoption gegeben haben und trotzdem wissen, was aus ihrer Tochter geworden ist. Siebzehn Jahre nach der Geburt hat sie am Telefon erfahren, dass das Mädchen noch lebt und nach ihr sucht. "Für mich war dieser Anruf, als hätte jemand heisses oder kaltes Wasser über mich geschüttet. Ich sass mit meinem Mobiltelefon in einem Bus und weinte. Mir ging so Vieles durch den Kopf: 'Meine Tochter ist aufgetaucht. Was mache ich jetzt?' Ich hatte grosse Angst. Aber dann war da auch ein Gefühl des Glücks. Ich konnte gar nicht mehr aufhören zu weinen, bis meine Schwester zu mir sagte: 'Weine nicht mehr. Wenn das Mädchen aufgetaucht ist, dann ist das bestimmt gut so.'"

Michal hat in Guatemala vier biologische Geschwister, drei Brüder und eine Schwester. Keines der Kinder wusste, dass ihre Mutter vor siebzehn Jahren ein Kind in Adoption gegeben hat, auch nicht der neunzehnjährige Bruder Neri: "Eines Abends hat meine Mutter uns alle zusammen gerufen. Wir sassen da und hörten ihr zu. Sie weinte und erzählte, dass sie vor langer Zeit ein Mädchen in Adoption gegeben hat, ihre Tochter. Davon hatte sie nie zuvor mit uns gesprochen. Dann hat sie gesagt, das Mädchen sei aufgetaucht. Darüber haben wir uns sehr gefreut."

Während Neri erzählt, taucht ein dürrer Mann auf: graues Haar, trauriger Blick. Es ist Don Marcelino, Michals biologischer Vater. Auch er ist glücklich über die Nachricht: "Damals, als es passiert ist, war ich nicht hier. Ich musste auf den Zuckerrohrfeldern arbeiten. Als ich zurückkam, hatte meine Frau das Kind schon weggegeben. Das war sehr hart für mich, denn ein Kind ist doch das Wertvollste, was du haben kannst."

Die ersten Fotos

Als die Familie Levy in Israel erfährt, dass nicht nur die biologische Mutter von Michal, sondern auch der Vater und mehrere Geschwister gefunden wurden, können sie es kaum glauben. Sie sind begeistert und wollen bald nach Guatemala kommen. Wenig später schicken sie Teresa und ihren Kindern Fotos von Michal und ihren Adoptiveltern.

In Santa Lucía Cotzumalguapa drängt sich die ganze Familie um die Fotos. Schnell ist man sich einig: Michal sieht ihrer 15-jährigen Schwester Meiby ganz besonders ähnlich. "Ich habe immer geglaubt, dass ich das einzige Mädchen bin," sagt Meiby. "Manchmal war ich traurig deswegen, aber jetzt weiss ich, dass ich noch eine Schwester habe. Ich glaube, die Entscheidung meiner Mutter war gut. Jetzt weiss sie ja, dass meine Schwester in einer Familie lebt, die sie gut behandelt."

Auch die Levys in Israel bekommen Fotos der Familie Apen in Guatemala. Für Michal ist das ein Schock: "Wir sind uns so ähnlich. Gleich am ersten Abend habe ich meinen Freunden die Bilder gezeigt. Als sie meine Mutter gesehen haben, wussten sie nicht, was sie sagen sollten. Für mich ist es, als hätte ich siebzehn Jahre lang in den Spiegel geschaut und mich erst jetzt erkannt."

Begegnung in Guatemala

Anderthalb Tage nach dem Abflug der Levys aus Tel Aviv landet ihre Maschine auf dem Flughafen von Guatemala-Stadt. Eine Nacht lang bleibt die Familie in der Hauptstadt. Michals Adoptivvater, Ehud Levy, kann nicht einschlafen. Er sitzt in einem Garten unter dem guatemaltekischen Sternenhimmel. "Ein Mensch, der adoptiert wurde, kann das nicht ignorieren. Im Laufe des Lebens taucht das in Wellen auf. Es ist immer da, dunkel, unklar. Da ist die Frage des Warum. Deshalb haben wir uns entschieden, dass Michal das erste Kapitel ihrer Geschichte kennenlernen soll, wenn sie möchte."

Am nächsten Tag oberhalb des steilen Pfads, der zu der Hütte der Familie Apen hinunterführt. Die Zäune am Wegrand sind mit Ballons geschmückt. Alle Nachbarn wissen, dass Teresas verlorene Tochter zu Besuch kommen wird. Über hundert Menschen haben sich versammelt. Sie beobachten, wie Michal langsam den Pfad hinunter geht, während Teresa unten wartet. "Meine Tochter ist zu uns hinuntergekommen und hat mich in den Arm genommen. Sie hat gesagt: 'Mama, ich freue mich, dich kennenzulernen.' Dafür danke ich Gott. Damit hat sie mir neuen Lebensmut geschenkt. In meinem Herzen habe ich sie nie vergessen. Sie ist immer bei mir."

Einige Minuten später gehen auch Michals Adoptiveltern den Pfad hinunter. Für Dvora Levy war das eine aussergewöhnliche Erfahrung: "Ich war darauf vorbereitet, eine intime Situation zu erleben. Aber dann ist das ganze Dorf aufgestanden. Mein Körper war wie gelähmt. Ich habe gesehen, wo diese Menschen leben, solche Armut, schockierende Armut. So schmutzig. Wir sind durch Müll gelaufen. Ich musste ganz langsam gehen, hinunter in diese andere Welt. Ich habe mich so fremd gefühlt. Aber in dem Moment, als ich Michal weit unten sah, bin ich aufgetaut. Ich konnte lächeln, atmen, wieder ich selbst sein. Sie stand neben Teresa. Ich wollte diese Frau kennenlernen. Ich wollte ihre Familie kennenlernen."

Ein junger Mann in Jeans und einem blitzsauberen weissen Hemd nähert sich mit kleinen Schritten und schüchternem Blick. Es ist Neri, Michals ältester Bruder: "Hallo Schwesterchen. Ich wollte dir nur sagen, dass ich mich sehr freue, noch eine Schwester zu haben. Ich bin froh zu sehen, dass es dir gut geht. Und ich hoffe sehr, dass du meiner Mutter nicht böse bist, denn wir dürfen über niemanden richten. Und ich will dir sagen, dass ich dich sehr lieb habe."

Michal antwortet sofort: "Ich bin überhaupt nicht böse. Ich hatte nie ein Problem damit, dass sie mir ermöglicht hat, in einer anderen Familie aufzuwachsen."

Nach dem Abschied

Drei gemeinsame Tage vergehen wie im Flug. "Ich werde diese Tage nie vergessen," sagt Michal. "Ich hatte viele unbeantwortete Fragen in mir, über mich selbst, über meine Vergangenheit. Jetzt bin ich ruhiger. Einige dieser Fragen sind verschwunden, denn ich kenne die Antwort."

Für Michal war die Begegnung mit ihrer biologischen Mutter ein Wendepunkt in ihrem Leben: "Ich muss einige Dinge in mir selbst ändern. Zum Beispiel muss ich ernsthafter werden. Ich denke, dass all das, was ich in Guatemala gesehen habe, die Armut, in der meine biologische Familie lebt, dass das wie ein Weckruf ist: Ich muss erwachsen werden. Ich denke jetzt ernsthafter über meine Zukunft nach."

Auch für Teresa hat sich durch den Besuch der Levys vieles verändert. Sie lebt zwar noch immer in derselben Armut wie zuvor, aber ihre Augen strahlen wieder: "Als ich gesehen habe, dass meine Tochter mich wirklich besuchen kommt, war ich erschrocken, aber auch glücklich. Jetzt weiss ich, dass ich damals keine falsche Entscheidung getroffen habe. Ich habe etwas Gutes getan. Es ist ein grosses Gefühl, das ein ganzes Leben lang anhalten wird."

Der 1. Mai in Guatemala

Rückblick: Erinnerung an einen Streik in Chicago

Der 1. Mai wird als ein Feiertag der Arbeiterklasse seit 1889 begangen; seine Einrichtung geht auf einen Beschluss der Zweiten Sozialistischen Internationalen in Paris zurück. Der Tag erinnert an die Märtyrer von Chicago, die am 1. Mai 1886 einen Streik für die Einführung des Acht-Stunden-Tages begannen. Allein in Chicago nahmen – laut wikipedia-Artikel zum Haymarket Riot – 90'000 Personen an den Streiks, landesweit zwischen 200'000 und 500'000 Menschen. Am 4. Mai versammelten sie sich auf dem Haymarket zu einer Demonstration, bei der – laut El Periodico – eine unbekannte Person eine Bombe auf die Polizei warf. Acht Personen wurden festgenommen, fünf wurden zum Tode verurteilt. Einer von ihnen beging Selbstmord, die anderen wurden hingerichtet. Viele von ihnen waren Einwanderer aus Deutschland gewesen, darunter August Spies und Louis Lingg. Für die ArbeiterInnen waren sie Märtyrer, zumal sie 'nur' als geistige Urheber des Bombenwurfes, bei dem 12 Menschen starben - darunter ein Polizist - verurteilt worden sind.

Bereits am Tag zuvor waren bei Unruhen sechs Arbeiter erschossen worden.

Der 1. Mai wird in vielen Ländern als Tag der ArbeiterInnenrechte begangen, in den USA allerdings nicht. Dort gibt es den Labour Day im September. In Guatemala wird der 1. Mai hingegen mit einem Marsch verschiedener Gewerkschaften begangen. Er startet am Denkmal der Arbeit (Zone 5) und endet im Parque Central (Zone 1).

Ein Editorial des El Periodico gibt die Sichtweise der Mächtigen wieder

"Alles ändert sich, alles", heisst es in einem Refrain eines Liedes der berühmten Sängerin Mercedes Sosa. "Es ändert sich die Art des Denkens, alles ändert sich auf der Welt", so endet die erste Strophe. Zu diesen Veränderungen und zu dem, was in Guatemala geschieht, haben die Positionen der Gewerkschaftsbewegungen in Guatemala keinerlei Bezug. Die Kundgebungen am Tag der Arbeit haben klar gezeigt, dass die Worte von Sosa für Guatemala nicht gelten. Am vergangenen 1. Mai wurden wir Zeuge der seit 30 oder 40 Jahren unveränderten links-extremen Ideologie. Dieselben Gesichter wie immer an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung, dieselben Halbwahrheiten in ihren Erklärungen. Immer das Gleiche. Nichts ändert sich. Kein neues Denken in der Gewerkschaft, ihre Interessen hindern sie daran, anzuerkennen, dass die Welt von 2014 nicht die von 1944 ist. Die Arbeitswelt kann nicht mehr mit denselben juristischen Institutionen bearbeitet werden wie in den 1960er und 1970er Jahren. Was damals funktioniert haben mag, wird nicht notwendigerweise auch heute funktionieren.

Die modernen wirtschaftlichen Beziehungen, die Eruption der Informationstechnologien und Computer, der globale Wettbewerb, die veränderten Verhaltensweisen der Jugendlichen, der technologische Fortschritt und vieles andere erfordert eine ganz neue Herangehensweise an das Thema der Arbeit.

Auf der anderen Seite wächst in diesem Land der informelle Arbeitsmarkt, die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder nimmt ab, und der Widerspruch zwischen den Interessen der Gewerkschaften und den Bedürfnissen der selbständig tätigen Menschen, der Unterbeschäftigten, der Kooperativenmitglieder oder den KleinstunternehmerInnen wird grösser. Die wenigen ideologischen Ausführungen der wichtigsten GewerkschaftsführerInnen zeigen den Mangel an Legitimation der Gewerkschaftsbewegung auf. Gleichzeitig ist diese Bewegung die einzige Vertretung der GuatemaltekInnen in der Arbeitswelt.

Insgesamt gesehen findet sich der grösste Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern im öffentlichen Sektor, also bei Arbeiter-Innen, die in ihrer Mehrzahl Gehälter erhalten, von denen andere nur träumen können, und deren Gehälter von den SteuerzahlerInnen erbracht werden. Fraglich ist, ob sie den BürgerInnen, denen sie dienen sollten, etwas zurückgeben.

Auch wenn es manche GewerkschaftsführerInnen nicht akzeptieren wollen, all diese Fakten sind – verbunden mit dem Anstieg der Verdienstmöglichkeiten im informellen Sektor - die besten Indikatoren für die Notwendigkeit einer neuen Perspektive, um sich dem Thema Arbeit in Guatemala zu nähern. Das heisst nicht, dass ein Minimum an ArbeiterInnenrechten nicht gerechtfertigt wäre, so wie es ja auch die Verfassung bestimmt, sondern es bedeutet, dass diese Mindestrechte auch all jenen Millionen GuatemaltekInnen zustehen, die heute keinen Zugang zu Arbeit haben. (EP)

Die 1. Mai-Demonstration in Guatemala-Stadt: Gewerkschaften ...

GewerkschafterInnen, Mitglieder der Volksbewegungen und der Zivilgesellschaft, sowie Studierende zogen am Donnerstag zum Internationalen Tag der Arbeit durch die Strassen, um für ArbeiterInnenrechte einzutreten und auf die diesbezüglichen Mängel in der Politik des Arbeitsministeriums hinzuweisen.

Zuleyma de León von der *Gewerkschaft der ArbeiterInnen des Guatemaltekischen Olympischen Komitees* (COG) verurteilte die fortgesetzten Drohungen gegenüber Gewerkschaftsmitgliedern, was Anfang des Jahres dadurch sichtbar wurde, dass 26 ArbeiterInnen ihre Mitgliedschaft kündigten. Sie wurden bedroht, ihre Arbeit zu verlieren, wenn sie sich weiterhin in der Gewerkschaft engagieren würden. León geht davon aus, dass dieses Vorgehen weitere ungerechtfertigte Kündigungen bewirken wird.

Der Vertreter der Gewerkschaft der Beschäftigten in den Wasserunternehmen der Kreise (SITRAGUA), Marlon Arturo Ramos, gab bekannt, dass sieben MitarbeiterInnen der EMPAGUA ohne Begründung entlassen worden seien. Ramos forderte die Geschäftsführung von EMPAGUA auf, die Betroffenen unverzüglich wieder einzustellen und die kollektiven Arbeitsverträge einzuhalten.

Mario Paredes, Koordinator des *Notkomitees der PensionärInnen bei GUATEL*, kritisierte das Vorgehen der Vizepräsidentin Roxana Baldetti, die Rentengelder von 300 ehemaligen ArbeiterInnen von GUATEL (10 Millionen Quetzales, ca. 1 Millionen Euro) zweckentfremdete, so dass diese Renten nicht ausgezahlt wurden und die 300 Personen im Ruhestand ohne Einkünfte auskommen müssen.

... und Frauen

An der 1. Mai-Demonstration nahmen auch Tausende Fraueng teil, die ein Ende der Belästigungen von Arbeiterinnen forderten, insbesondere von denen, die in Textilfabriken (maquilas) arbeiten.

Johana Montenegro von der *Vereinigung der Arbeiterinnen im Haushalt und in Maquilas* (ATRAHDOM) forderte vom Staat die Auflösung von geheimen Werkstätten (sog. "illegale maquilas"), in denen die Arbeitsbedingungen für die Frauen besonders prekär seien, zumal für diese keinerlei Sozialversicherungsbeiträge entrichtet würden.

Montenegro erklärte weiterhin, dass das Arbeitsministerium sein eigenes Papier über die ArbeiterInnenrechte nicht einhalte, da sie keinerlei Inspektionen in Arbeitszentren durchführe und Beschwerden nur sehr bürokratisch bearbeite. Das Ministerium solle endlich dafür sorgen, dass die Gesetze eingehalten werden und alle Fälle untersuchen, die angezeigt würden. Die Gesetze in Guatemala seien gut, aber niemand beachte sie.

Weiterhin kritisierte die *Politische Allianz der Frauen* die herrschenden Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, die es sowohl auf dem Land wie in der Stadt gebe. Wenn Männer auf dem Lande oder in der Industrie einen Lohn von 100 Quetzales verdienten, bekämen Frauen nur 72 Quetzales, in der Industrie kämen sie gar nur auf 60 Quetzales.

Fidelia Chávez, Präsidentin des *Hilfszentrums für Beschäftigte in Privathaushalten* (CENTRACAP), forderte die Regierung auf, das Abkommen 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu ratifizieren. Dieses Abkommen befasst sich mit anständigen Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in Privathaushalten. Sie sagte, dass sie mehr als einmal entsprechende Briefe und Bitten um Gesprächstermine an den Arbeitsminister Carlos Contreras gerichtet habe, allerdings sei dieser niemals zu Gesprächen erschienen, sondern habe irgendwelche VertreterInnen geschickt. Dabei sei die Ratifizierung dieses Abkommens wichtig, damit die Frauen, insbesondere jene, die in der Landwirtschaft arbeiten, gerechte Löhne erhalten und auch Renten. In Bezug auf die Hausangestellten berichtete die Präsidentin von CENTRA-CAP, dass der Mindestlohn nicht eingehalten werde, dass es ungerechtfertigte Entlassungen gebe und Arbeitszeiten, die acht Stunden überstiegen. Diese Verfehlungen würden häufiger in der Hauptstadt als auf dem Lande vorkommen. Besonders betroffen seien Minderjährige, die ihre Rechte nicht kennen würden. Seniorinnen, die in Privathaushalten arbeiteten, seien häufig den Aggressionen ihrer Arbeitgeber ausgesetzt, da sie ihre Arbeit aus Altersgründen weniger gut erledigen könnten, auf der anderen Seite aber aus wirtschaftlichen Gründen von dem Verdienst wesentlich abhängiger seien.

UNSITRAGUA "Die Krise des Kapitalismus zeigt sich in der Zahl der Arbeitslosen"

In ihrer Presseerklärung zum 1. Mai analysiert die *Gewerkschaftseinheit der ArbeiterInnen Guatemalas* (UNSITRA-GUA) die soziale und wirtschaftliche Lage im Land. Sie spricht von einer Krise, die das neoliberale Modell des Kapitalismus verursacht habe und sich in der hohen Arbeitslosigkeit, den Hungerlöhnen, der ungerechten Behandlung auf den Arbeitsämtern und in der Verletzung der ArbeiterInnenrechten widerspiegele. Für zehntausende Jugendliche, die ihre Sekundärstufe abschlössen und auf Arbeitssuche gingen, werde die Arbeitsperspektive immer düsterer. Das werde angeheizt durch die KapitalistInnen, die jene erniedrigenden Arbeitsbedingungen erzeugten.

UNISTRAGUA ruft die ArbeiterInnen auf, die staatlichen Institutionen zu verteidigen, einen wahrhaftigen Rechtsstaat aufzubauen, in der die staatlichen Institutionen unabhängig sind und nicht – wie es aktuell der Fall sei – von anderen Gruppen manipuliert und kontrolliert werden. Der Gewerkschaftsdachverband lehnt auch die Entscheidung der Berufungskommission für das Amt der Obersten Staatsanwaltschaft ab, Claudia Paz y Paz von der Liste der KandidatInnen zu streichen. Diese Entscheidung sei ein Beleg dafür, dass selbst das Wenige, das Dr. Paz y Paz in der Staatsanwaltschaft verändern konnte, wieder zurückgenommen werden solle.

Bilder von der 1. Mai-Demonstration in Guate siehe:

http://cpr-urbana.blogspot.de/2014/05/1ero-de-mayo-en-guatemala-y-la-marcha.html

Internationale Organisationen protestieren gegen den Ausschluss von Paz y Paz

Guatemala-Stadt, 6. Mai. Internationale Organisationen zeigten sich besorgt über die Inkonsequenz im Auswahlverfahren der KandidatInnen des/der LeiterIn der Obersten Staatsanwaltschaft (MP) und zugleich ihr Unverständnis über die Nicht-Berücksichtigung der aktuellen Oberstaatsanwältin Claudia Paz y Paz, obwohl diese die zweithöchste Punktzahl hinter der Richterin am Obersten Gerichtshof (CSJ), Thelma Aldana, erhalten hatte. Die Organisationen kritisierten ebenfalls, dass die Berufungskommission die von Gruppen der Zivilgesellschaft gegenüber einigen KandidatInnen präsentierten Bedenken nicht in ausreichendem Masse geprüft haben. Auch die Frage der Ehrbarkeit sei nicht analysiert worden. Weiterhin heisst es in der Presseerklärung: "Auch wenn die Berufungskommission die Möglichkeit respektiert hat, den Prozess von aussen zu begleiten, zeugen die Prozessabläufe selbst von mangelnder Transparenz bei der Frage, ob die abschliessende Entscheidung tatsächlich von den zuvor aufgestellten objektiven Kriterien getragen worden ist."

Die UnterzeichnerInnen der Erklärung halten die Auswahl daher für eine ernsthafte Verletzung des Transparenzprinzips und gehen davon aus, dass die Auswahl der KandidatInnen nicht aufgrund der Bewertung ihrer/seiner jeweiligen Verdienste erfolgte. Zu den UnterzeichnerInnen der Erklärung gehören: Das Zentrum für Gerechtigkeit und Internationales Recht (CEJIL), die Guatemaltekische Menschenrechtskommission in Washington (GHRC), die Stiftung für Angemessene Rechtsverfahren (DPLF), die Open Society Initiative für Gerechtigkeit (OSJI, eine Stiftung des Milliardärs George Soros) und die Internationale Plattform gegen Straffreiheit.

Am folgenden Tag haben sich VertreterInnen der UN-Organisation CICIG, der Europäischen Union sowie die BotschafterInnen von Kanada, den USA, der Schweiz, Deutschlands, Frankreichs, Spaniens, Italiens, Norwegens, Costa Ricas, den Niederlanden und Grossbritanniens, der Kritik angeschlossen. Sie forderten eine Änderung des Gesetzes, um sicherzustellen, dass es eine Verbindung zwischen den Qualifikationen der KandidatInnen und der Erarbeitung der Liste der Nominierten gebe und damit gesichert wird, dass die Öffentlichkeit die Entscheidung nachvollziehen kann. Die Entscheidungskriterien müssten so beschaffen sein, dass sie "Schutz bieten gegen Ernennungen, die auf Vorurteilen beruhen und die jegliche Form der Diskriminierung gegen eine Person ausschliessen."

Wie geht es weiter? Nachdem die Einspruchsfrist gegen die Nominierungsliste abgelaufen ist, bleibt es nun bei fünf Einsprüchen. Einige von ihnen richten sich gegen Thelma Aldana, Julio Rivera Clavería und Eunice Mendizábal. Die übrigen Nominierten sind María Consuelo Porras; Édgar Lemus Orellana und Rony López. Am 9. Mai führte der Präsident Interviews mit den sechs genannten Nominierten und besprach deren Arbeitspläne. Bis zum 15. Mai muss Pérez Molina darüber entscheiden, wen er zur NachfolgerIn von Claudia Paz y Paz bestimmen will. Die Übergabe soll dann am 17. Mai erfolgen. (Cerigua, PL)

Österreich verweigert Waffenexport an die Otto-Pérez-Regierung

Guatemala, 06. Mai. Korrupte Polizei, schwache staatliche Strukturen, organisiertes Verbrechen und die Tatsache, dass Guatemala eines der gefährlichsten Länder der Welt mit einer Mordrate von 39 pro 100'000 EinwohnerInnen ist, stellen für die österreichische Regierung ausreichende Gründe dar, um einen Waffenexport in das Land zu verweigern. Der Antrag der Firma Glock mit Sitz in Deutsch-Wagram vom 5. Dezember 2013 "auf Erteilung der Bewilligung zur Ausfuhr von 3'000 Stück Glock Pistolen (Kaliber 9mm) im Gesamtwert von 450'000 Euro in das Land Guatemala" wurde abgewiesen. Die Waffen sollten an die guatemaltekische Regierung, genauer gesagt, an die Nationale Zivilpolizei gehen.

Die Argumentation der österreichischen Ministerin

Der Bericht der Bundesministerin Helene Ferschner-Hallwirth vom 25. März 2014 äussert sich detailliert über die Sicherheitsprobleme Guatemalas. Daher sei ist nicht möglich und auch nicht angemessen, Schusswaffen in das Land zu verkaufen. Neben der aktuellen Situation im Land seien auch die Folgen des Krieges zwischen 1960 und 1996 noch nicht überwunden, so der Bericht. "Laut Angaben der Polizei wurden im Jahr 2013 81% der Morde mit Schusswaffen begangen, während der weltweite Durchschnitt bei 42 Prozent liegt. Während des vergangenen Jahrzehnts wurden 56.300 Menschen bei kriminellen Handlungen getötet, davon wurden ca. 82% der Delikte mit Schusswaffen begangen. Das bedeutet, dass zwischen 2004 und 2013 im Durchschnitt jeden Tag 12 Personen durch den Einsatz von Waffen getötet wurden." Und nur zwei Prozent der Morde landen vor Gericht, was auf das korrupte Justizsystem zurückzuführen sei. Da viele der Morde nicht vor Gericht landen, wird die Verantwortung dafür nicht übernommen und sie bleiben ungestraft. Ein weiteres strukturelles Problem sei das Zusammenwirken von BeamtInnen und Sicherheitspersonal mit Drogenhändlern und kriminellen Banden. Auch die Tatsache, dass die PolizeibeamtInnen nicht ausreichend ausgebildet und deren Gehälter viel zu niedrig seien (70% der PolizistInnen leben unter Armutsbedingungen), fördere die Korruption.

Zwei Drittel der Polizei werden als korrupt eingeschätzt. Daher könne Österreich nicht ausschliessen, dass die Waffen zu Menschenrechtsverletzungen beitragen, und stimmte daher der Anfrage nicht zu.

Die Reaktion des guatemaltekischen Präsidenten

Präsident Molina war erwartungsgemäss nicht froh über diese Entscheidung der österreichischen Regierung. Die Argumentation mit der Vergangenheit erschien ihm "lächerlich", da europäische Länder ihre BotschaftsvertreterInnen nach Guatemala entsenden, die sich vom Fortschritt selbst überzeugen können. Es spräche für "fehlende aktuelle Information und fehlenden Respekt". Weder das Verteidigungsministerium, das Aussenministerium, das Menschenrechtsbüro (PDH), noch die Antidrogeneinheit gaben bisher ihre Meinungen kund, auch nicht auf Nachfrage der Oppositionspartei des Abgeordnetenhauses. Zum vereinbarten Termin erschienen die geladenen Personen nicht, da sie entweder im Ausland waren oder anderweitig terminlich verhindert waren. Oder gänzlich ohne Entschuldigung fernblieben. (EP)

Gaspipeline von Mexiko nach Guatemala

Guatemala, 02. Mai. Mexiko und Guatemala unterzeichneten kürzlich ein Abkommen über den Bau einer 600 km langen Gasfernleitung, die vom Hafen Salina Cruz im Bundesstaat Oaxaca, Mexiko, bis nach Escuintla, Guatemala, verlaufen soll. Unklar sei noch, wo genau die Gasleitung die Staatsgrenze überqueren werde. Es stünden Tecún Umán in San Marcos und Huehuetenango zur Auswahl.

Die Gesamtkosten werden mit 800 Millionen US-Dollar beziffert. Die Interamerikanische Entwicklungsbank wird einen Kredit von 800 Millionen US-\$ zur Verfügung stellen, wobei der grössere Teil der Schulden auf Mexiko entfallen wird. Die Präsidenten Otto Pérez Molina und Enrique Peña Nieto unterschrieben das Abkommen im Rahmen des Treffens der Vereinigung der karibischen Staaten in Mérida, Bundesstaat Yucatán. Guatemala übernahm bei diesem Staatstreffen auch die Präsidentschaft der Vereinigung.

Mit diesem Projekt soll eine regionale Integration des Energiesektors beginnen mit der Idee, sie auf den Rest Mittelamerikas auszuweiten. Dabei soll Erdgas nach Guatemala und Südmexiko geliefert werden und somit eine Preisreduktion erreicht werden. Mit dem Erdgas soll nach Aussagen des Energie- und Bergbauministeriums elektrische Energie erzeugt werden, die der Schwerindustrie, wie Metallurgie, Zementproduktion und dem Bergbau zur Verfügung gestellt werde. Schon jetzt stehe fest, dass die Energie nicht zum häuslichen Gebrauch bestimmt sei. Das erkläre sich schon aus dem Fehlen von Verbindungsleitungen zu den Häusern der Familien.

Biopsia – Die monatliche Kolumne von Diana Vazquez: Endlose ideologische Debatte

In den guatemaltekischen Medien sind eine Vielzahl von KolumnistInnen vertreten, deren Artikel sowohl in den traditionellen Printmedien also auch in den digitalen Medien erscheinen. Und jeden Tag werden es mehr. Ihre Texte zeigen deutlich das Ausmass der Polarisierung der Ideologien im Land auf. Diese Polarisierung gleicht einer offenen Wunde und scheint sich mit kürzlich erlassenen, jedoch rechtlich fraglichen Entscheidungen noch zu verschlimmern. So wurde die Amtszeit der Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz nicht nur gekürzt, sondern sie wurde ausserdem aus dem Auswahlverfahren der NachfolgerIn geworfen – obwohl sie die zweithöchste Punktzahl aller KandidatInnen erreichte. Desweiteren verhängte die Kammer der AnwältInnen und NotarInnen Guatemalas (CANG) im April der Richterin Yasmin Barrios eine "Strafe". Sie wurde für ein Jahr suspendiert, da sie am ersten Gerichtstag im Genozid-Prozess gegen José Efraín Ríos Montt und José Mauricio Rodríguez Sánchez gegen die Berufsethik verstossen habe. Die Suspendierung wurde zwar später wieder zurückgezogen, grenzt aber trotzdem die juristische Unabhängigkeit ein.

Guatemala, so sagt man, erlebt seine demokratische Epoche, in der gegensätzliche Meinungen bestehen dürfen und müssen, um die Kräfte und Mächte zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken. Das Wohl aller BürgerInnen also. Aber das Problem dabei ist, dass wir bis heute das Erbe des internen bewaffneten Krieges nicht verdaut haben und eine extrem rechte Gruppe an der Macht ist, die null Toleranz hat gegenüber einer gespaltenen Linken ohne gemeinsame Ziele.

Die Meinungen in den Kolumnen unterstreichen verschiedene Aspekte, die zu analysieren wären, und man kann sie in zwei grosse Blöcke teilen. Einerseits verteidigt der konservative, neoliberale Diskurs (also die Oligarchie der Wirtschafts- und Militäreliten) seine Stellung, darunter das Privateigentum und individuelle Rechte. Das Konzept der Menschenrechte passt nicht in ihre Interpretation der Rechte und assoziiert es ideologisch mit dem Kommunismus-Terrorismus. Auf der anderen Seite erscheinen die Argumente derer, die sich nicht wirklich als politisch links verstehen, son-

dern sich eher mit einem demokratischen Sinn identifizieren. Sie teilen uns ihre Beobachtungen mit, welche das institutionelle und soziale Chaos erklären, in dem wir heute leben.

In Guatemala redet man noch immer von Totalitarismus, von extremer Polarisierung, und nutzt es als Mittel der Angstverbreitung. Viele Leute sind Experten in Sachen Holocaust und in Kriegsstrategien des zweiten Weltkriegs. Allerdings werden keine Verbindungen oder Ähnlichkeiten mit dem internen Krieg gesehen, der immer noch das Land spaltet. In dieser endlosen ideologischen Debatte gibt es eine Minderheit, die versucht, sich durchzusetzen und zwar auf eine eindringliche Art und Weise und mit Hilfe einflussreicher Sektoren.

Seit einigen Wochen wird über das Buch Bürgerliche Ideologie und Demokratie (Ideologia burguesa y democracia (Serviprensa, 2014)) des guatemaltekischen Soziologen Álvaro Velásquez diskutiert. In seinem Werk analysiert er eine der radikalsten wirtschaftlichen Liberalismusformen, die in Guatemala vorhanden sind: die Österreichische Schule der Wirtschaft (EAE, die spanische Abkürzung).

Und genau diese Schule vertritt die dominante Elite: "In Guatemala sind die Diskurse von der EAE geprägt, sie sind polemisch und übermässig in den Hörsälen, auf politischen Bühnen oder in den Massenmedien vertreten. Ihre ideologische Architektur erklärt den Sprachgebrauch sowie einen gewissen Eifer verschiedener politischer, wirtschaftlicher und akademischer Führungskräfte, die zu einer überalterten und gleichzeitig einer der härtesten Rechten gehören und die in ihren Reden immer wieder an die Neutralität und an die individuelle Freiheit ihrer Zuhörerschaft appellieren. Nur selten wird erwähnt, dass die Inhalte nur eine einseitige Theorie über Reichtum, Armut, Macht und Gesellschaft sind, die in der Praxis dazu tendiert, den traditionell wirtschaftlichen Status Quo zu stärken. Dieser Status Quo ist jedoch ausgrenzend und antidemokratisch."

Es scheint, dass diese einseitige Art zu denken, nun auch die Aktionen gegen die zwei bekanntesten Frauen beeinflusst hat, die beiden, die grosse Schritte nach Vorn in der Rechtsprechung getan haben: die (noch) derzeitige Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz und die Richterin Yasmin Barrios. Beide wurden übermässig in den Medien disqualifiziert. Grund dafür ist nicht nur, dass sie diesen status quo brechen wollten, sondern auch die einfache Tatsache, dass sie Frauen sind, die in einem chauvinistischen und rassistischen Land leben.

Leider, und auch trotz der ganzen Geschichte, ist es für die GuatemaltekInnen normal, dass sie sich nicht einmal mit einer bestimmten Ideologie identifizieren (und sogar verteidigen, dass wir es noch "nötig" haben, von der Unternehmerschaft regiert zu werden). Vielmehr lebt Ríos Montt's Idee aus den 1980ern weiter, die besagt: "Eine Person, die Hunger hat, ist ein guter Kommunist, eine Person, die viel zu essen hat, ist ein guter Antikommunist." Ein Satz, den der Soziologe Carlos Figeruoa Ibarra in seinem Werk *El recurso del miedo, estado y terror en Guatemala* (F&G, 2011) als die Quintessenz des konterrevolutionären Projekts des Generals bezeichnet.

¡Fijáte!

http://fijate.guatemala.de

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6